

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 27

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenhänge

Am 30. Juni 1934 liess Adolf Hitler mit dem Stabschef der SA, Röhm, und einer Reihe von obersten SA-Führern auch General von Schleicher und seine Frau, General von Bredow, Franz von Papens engsten Mitarbeiter, und Hunderte von Persönlichkeiten, die dem Nationalsozialismus gegenüber Vorbehalte machten, kaltblütig ermorden.

Wie reagierten die Schweizer Frontisten auf diesen Massenmord? ... «Front» und «Grenzboten» erklärten, «aus unserer Einstellung heraus sei diese Art der Abrechnung mit Gegnern schlechterdings nicht verständlich» und die Methode habe «mit der grossen und gewaltigen Idee des Nationalsozialismus nichts mehr zu tun».

Diese Sätze stehen in einer vom Berner «Bund» veröffentlichten Studie, in welcher Hermann Böschstein auf Neuerscheinungen über die seinerzeitige Frontenbewegung in der Schweiz eingeht.

Da hätten wir also in einem historischen Tatbestand die Parallele zu dem, was sich hierzulande so gut wie im übrigen Westen täglich in routinierter Selbstverständlichkeit abspielt, wenn man die berühmten «Fehler», «Missbräuche» und «schädlichen Auffassungen» bedauert, welche beispielsweise dem sowjetischen Gebrauch der grossen und gewaltigen Idee des Kommunismus unterlaufen.

*

Ich weiss natürlich, was kommt. Die grosse Entrüstung. Der Faschismus (das Wort «Nationalsozialismus» hat man bekanntlich zu vergessen) habe doch mit dem (kommunistisch verstandenen) Sozialismus überhaupt nichts gemeinsam, handle es sich doch um Gegensätze. Alle Verbrechen des Nationalso ... pardon, Faschismus hätten der faschistischen Ideologie eben entsprochen, während die Fehler der sozialistischen Länder, Stalinismus, Schriftstellerprozesse, Invasion der CSSR, eben Ab-

weichungen von den sozialistischen Idealen darstellten, historisch erklärbar Deformationen seien, kein Grund, der an sich progressiven Ideologie abzusagen.

Ich bin zunächst keineswegs bereit, den angeblich fundamentalen Gegensatz zwischen Faschismus und kommunistisch verstandenem Sozialismus zum vornehieren anzuerkennen, ganz sicher nicht dort, wo es um die jeweilige gesellschaftliche Verwirklichung geht. Als einander im Mittelalter die Kreuzritter und die Jünger Mohammeds im Namen Christi und Allahs umbrachten, empfanden sie einander als die denkbar grössten Gegensätze, und niemand in ihrer damaligen Welt hätte dieser Einsicht widersprochen (ein allfälliger Zweifler hätte geschwiegen, weil in beiden Lagern Häretiker sehr ähnlich «behandelt» wurden). Aber trotz der unbestrittenen zeitgenössischen Annahme des angeblichen Gegensatzes macht es natürlich heute überhaupt keine Mühe, die dominierende

lateinamerika-Uebersicht

Revolutionäre bitten um Privatinvestitionen

Von Alphonse Max

Dadurch, dass sie den Antiamerikanismus und den Prosovietismus zur offiziellen Linie machen, suchen lateinamerikanische Regimes auf die bequemste Art den Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen, die ihnen ihre Gegner machen. Der Lohn für die jeweiligen Führungen steht noch aus, aber die Schwierigkeiten für Land und Bevölkerung sind mit Sicherheit auf diese Weise nicht überwunden.

Seid Pazifisten: Unterstützt die Bewaffnung Kubas!

Während die Bischöfe in Sao Paulo die «Militarisierung Lateinamerikas» verurteilen, berichtet das Organ der Roten Armee, «Roter Stern», dass aus Anlass des dreizehnjährigen Bestehens der fidelistischen Wehrmacht die Sowjetunion Kuba durch die Lieferung modernster Waffen unterstützte.

Dies ist typisch für die fortschreitende Masochisierung Lateinamerikas: Man verurteilt immer die eigene Position, ohne zu beachten, was im Feindeslager geschieht. Feindeslager? — diese Frage ist hochaktuell, denn mit der ideologischen Akrobatie ist es heute soweit gekommen, dass katholische Priester ein atheistisches Regime gegen das eigene verteidigen. Wir befürworten keinesfalls bedenkenlos die steigende Bewaffnung Lateinamerikas, aber wir glauben, dass man der Gefahr des Gegners nur dann erfolgreich begegnen kann, wenn man selbst Waffen besitzt. Dass man den kommunistischen Feind durch pazifistische Aufrufe an das eigene Lager aufhalten kann, glauben wir nicht.

Eine niedliche Alternative: Geburtenkontrolle oder erhöhte Lebensmittelproduktion

Die Hochwürden bei der Konferenz des lateinamerikanischen Episkopalrates (CELAM) sind gegen den Militarismus und gegen die künstliche Geburtenkontrolle.

Mit frommen Argumenten wird in dem Schlusskommuniqué der Konferenz verlangt, dass die Gelder, die für Waffen und Empfängnisverhütungsmittel ausgegeben werden, lieber angewandt werden sollten, um den Massen ein besseres Leben zu bieten. Ist man naiv oder tut man nur so? Man will einen höheren Lebensstandard, ohne sich die Frage zu stellen, ob dieser verwirklicht werden kann, wenn der Bevölkerungszuwachs keine Erhöhung des Einkommens per capita zulässt. Die Ernährungsmöglichkeiten der Weltbevölkerung sind begrenzt und kalkulierbar; ebenso der Geburtenzuwachs. Aus dieser an sich einfachen Rechnung geht hervor, dass Lateinamerika spätestens bis zum Jahr 1990 einen so enormen Zuwachs haben wird, dass es keinesfalls möglich sein wird, die Ernährungsbedürfnisse der Bevölkerung mit den jetzt vorhandenen Lebensmittelquellen zu befriedigen.

Die Lehren aus den Fehlern anderer sind nicht übertragbar. Während der peruanische Präsident allmählich merkt, dass sein Anti-Yankee-Nationalismus ihn nicht sehr weit bringt und verzweifelt um Investoren in den USA wirbt, geht der Staatschef Boliviens, General Ovando, den Weg der sicheren Pleite. Konkret hat sich folgendes abgespielt:

Peru: «Der revolutionäre Prozess ist Rahmen für Privatinvestitionen»

Der peruanische Präsident Juan Velasco Alvarado wandte sich an die nordamerikanische Öffentlichkeit und versicherte, dass «keine Unstim-

migkeiten zwischen den Zielen der peruanischen Revolution und den gerechtfertigten Bedürfnissen der Investoren» bestehen.

Zur selben Zeit erschien eine bezahlte, ganzseitige Anzeige in der «New York Times» mit der Unterschrift des peruanischen Wirtschafts- und Finanzministers, wo es unter dem Titel «Peru heute — volkswirtschaftlicher Ueberblick über die letzten Monate» Angaben über den Kurs des peruanischen Sol, den Index der Lebenshaltungskosten und das Investitionsklima gemacht und statistische Unterlagen über die peruanische Aussenhandelsbilanz geboten werden. Der peruanische Staatschef erklärte, dass «der revolutionäre Prozess einen Wandel der Strukturen sucht, um einen Rahmen der sozialen Gerechtigkeit zu erstellen, in dem die privaten Aktivitäten sich voll entfalten können, ohne ausgelöscht oder eingeschränkt zu werden». Ein besonderer Grund für dieses Angebot an die US-Wirtschaft war die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten sich nicht an der am 14. November eröffneten Pazifik-Ausstellung beteiligten — zum erstenmal in der Geschichte dieser alle zwei Jahre in Peru stattfindenden Messe. Andererseits zeichnete sich diese Ausstellung durch eine aussergewöhnlich starke Beteiligung des Ostblocks aus. Ausser der Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien, die bereits auf früheren Messen vertreten waren, nahmen diesmal auch Ostdeutschland, Ungarn und Rumänien teil.

Bolivien: Wer soll das bezahlen?

Was Bolivien betrifft, so besuchte vor kurzem eine Gruppe sowjetischer Bergbautechniker das Land. Bei ihrem ersten Kontakt mit den Bolivianern erklärten die Russen, dass das Fehlen diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten ein Hindernis für wirksame Zusammenarbeit im Aufbau der bolivianischen Metallindustrie und des Handelsaustausches darstelle. Obleich diese Erklärung einige Proteste unter der bolivianischen Bevölkerung hervorrief (es wurde zum Beispiel kommentiert, dass die Sowjets an der Eröffnung diplomatischer Bezie-

Gemeinsamkeit des beiderseitigen Mordens zu erkennen. Sie beschimpften einander als Heiden und Ungläubige, aber sie waren in beiden Lagern gleich gläubig, und ihr ideologisches Sendungsbewusstsein hiess sie in beiden Lagern gleichermaßen das tun, was sie taten. Es waren ungeachtet aller jeweiligen Glaubensunterschiede zwei monolithische Welten, die aufeinanderprallten, und beide standen gemeinsam im Gegensatz zu einer pluralistischen Welt, die sie nicht kannten. Und ich vermute, dass es sich mit dem angeblichen Gegensatz zwischen Faschismus und kommunistisch verstandenen Sozialismus nicht so viel anders verhält, und sicher stehen beide Bewegungen in einem sehr viel fundamentaleren Gegensatz zu jeglicher pluralistischen Ordnung.

Aber ich bin Agnostiker, und ich will in Erwartung des noch nirgends sichtbaren historischen Beweises annehmen, dass die Praktiken, die in Stalinismus, Schriftstellerprozessen, Okkupationen und Annexionen gipfelten (ohne der fünfzigjährigen Handhabung der Macht jemals total entgegenzustehen — was immerhin ausdrücklich zu vermerken ist), dass diese Praktiken also tatsächlich im Widerspruch zur Ideologie stehen, in deren Namen sie ausgeübt werden.

Dann aber will ich zum Beispiel wissen, wieso etwa die PdA, die den CSSR-Einmarsch verurteilte, sich ausgerechnet zur Aktionseinheit mit jenen bekennt, welche den Sozialismus pervertieren statt ihn zu fördern. Sind denn nicht *das* die eigentlichen Feinde des Sozialismus?

Dann will ich ferner wissen, warum man überall im politischen Leben die Diskussion mit den Machthabern empfiehlt, die doch den Sozialismus mit den Füßen treten und nicht mit der Opposition, die sich dagegen auflehnt. Dann will ich überhaupt wissen, warum all jene, die sich zum guten Sozialismus (im kommunistischen Sinn) bekennen, überhaupt dazu kommen, die Länder, die doch das Gegenteil davon praktizieren, noch sozialistisch zu nennen.

Kurz: Solange sich die Ansichten jener, welche die «Missbräuche» beklagen, nicht in ihrem Handeln kundtun, sehe ich keinen Anlass, die Parallele mit der frommen Entrüstung der damaligen Frontisten zu verneinen. Der Vergleich ist gültig. *Christian Brügger*

hungen mehr interessiert seien als an Handelsaustausch oder Unterstützung der Bergwerkindustrie), bereitet die Regierung Ovandos zurzeit die Schaffung von diplomatischen Vertretungen in Moskau und La Paz vor.

Andererseits hat die Regierung in Bolivien trotz sowjetischer Besucher wohl eingesehen, was sie mit der Enteignung der Gulf Oil Co. für einen unüberlegten und folgenschweren Fehler begangen hat.

Die nordamerikanische Oelgesellschaft hat zunächst ihre 1500 Arbeiter und Angestellten entlassen. Da diese Opfer diktatorischer Demagogie keine anderweitige Arbeit finden, entsteht ein soziales Problem, das General Ovando nicht lösen können wird. Noch schlimmer wirkt sich die Unterbrechung im Bau der Gasröhrenlinie aus, die bolivianisches Erdgas nach Argentinien transportieren soll. Tausende Röhren im Werte von 5 Millionen Dollar verstopfen den Flusshafen von Santa Fé (Argentinien) und werden bis zur Bezahlung in Dollars nicht weiterbefördert. Der bolivianische Bergwerks- und Petroleumminister verhandelte in Buenos Aires mit der argentinischen Regierung auf der verzweifelten Suche nach einer Lösung. Wie er sagte, büsst Bolivien durch die Stilllegung der Arbeiten monatlich 2,5 Millionen Dollar ein.

Moskau Verrat an «Che» wird honoriert

Moskau kassiert jetzt die Dividenden seines Verrats an «Che» Guevara in Bolivien ein. Als Guevara dort ankam, wurde ihm seitens der Vertreter der bolivianischen KP Moskauer Observanz die kalte Schulter gezeigt.

Dieses Zurückhalten wird jetzt von dem General-Präsidenten Ovando honoriert: diplomatische Beziehungen und im Anschluss daran auch wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit. Der Fall Bolivien ist typisch für den lateinamerikanischen Kommunismus. Das Schema war etwa so: Kuba unterstützte finanziell und politisch die Partisanentätigkeit in Bolivien. Die Sowjetunion hielt sich zurück. Die Guerillas versagten, wie vorausgesehen, kläglich. Als bald trat Moskau als Koexistenzpartner auf und wird nun die Dividenden kassieren, welche die aufgeriebenen Guerillas, die äusserlich von Moskau desavouiert wurden, als unfreiwillige Hinterlassenschaft zurückliessen. Ein Detail noch: Kuba wird von Moskau ausgehalten. Die Lehren, die hieraus zu ziehen sind, bleiben dem geneigten Leser überlassen.

Argentinien: Energisch mit Milde durchgreifen

In Argentinien erholt sich die Wirtschaft, nachdem General Onganía ernstlich gegen die Unruhestifter durchgegriffen hat. Auch Milde ist eine seiner Waffen (obgleich seine Gegner sie zuweilen mit Schwäche verwechseln): Der grösste Teil der inhaftierten politischen Sträflinge wurde amnestiert. Die wirtschaftliche Entwicklung in Argentinien während der drei ersten Quartale des Jahres 1969 war günstig und wies eine stetige Expansion der Produktion auf sämtlichen Sektoren auf. Die Zuwachsrate der verarbeitenden Industrie von 7,8 Prozent im Jahre 1969 überstieg bedeutend diejenige von 5,2 Prozent in den ersten drei Quartalen 1968. Die Ausfuhren erreichten am 30. September 1,20 Milliarden Dollar, 18,3 Prozent mehr als im Vorjahr; die Einfuhren stiegen um 46 Prozent auf 1,07 Milliarden Dollar.

Chile: Der Streik der werktätigen Offiziere war ein Erfolg

Chiles militärischer Lohnstreik (s. ZB Nr. 24) wiederum hat die Regierung zu sofortigem Nachgeben veranlasst.

Beide Forderungen, Gehaltserhöhungen und mehr Waffen, werden erfüllt. Allerdings müssen zur Deckung dieser Ausgaben die Steuern erhöht werden, was kaum zur Beliebtheit des Militärs beitragen kann. Eine Erhöhung der Ausfuhrsteuern beziehungsweise eine Herabsetzung der Subventionen auf chilenische Exportgüter würde ausserdem die chilenischen Weinproduzenten und Exporteure alarmieren, die den Verlust ihrer Absatzmärkte an Argentinien befürchten. Dazu kommt noch, dass die chilenischen Waffenkäufe in argentinischen Heereskreisen mit Beunruhigung aufgenommen wurden, was eine weitere Verstärkung der Aufrüstung Argentiniens und, im Anschluss daran, auch Brasiliens zur Folge haben würde.

Gegenüber der kleinen Meuterei des Heeres hat die chilenische Kommunistische Partei wiederholt die Regierung des Präsidenten Frei unterstützt. Diese Haltung fusst auf der Hoffnung der Kommunisten, sich doch mit der zurzeit die Regierung ausübenden Christlich-Demokratischen Partei für die Wahlen des Jahres 1970 zu verbünden, obgleich verschiedene christlich-demokratische Politiker eine derartige Allianz noch entschieden ablehnen.

Aus der Agenda des Terrorismus

Ein Bericht über Lateinamerika könnte nicht abgeschlossen werden, ohne die ständige Terrorwelle zu erwähnen.

Der Bankier und Zeitungsverleger Gaetano Pellegrini-Giampietro wurde nach 73 Tagen Gefangenschaft in drei verschiedenen Orten von der uruguayischen Terror-Organisation «Tupamaros» freigelassen, nachdem seine Familie und Freunde 200 000 Dollar, davon 60 000 an Schulen, Arbeiter-Krankenkassen usw. gezahlt hatten. Obgleich einige der Beteiligten gefunden und andere mit Sicherheit identifiziert wurden, befinden sich viele der Hauptfiguren der Entführung noch auf freiem Fusse. In letzter Zeit ermordeten sie drei Polizisten; einer der Terroristen, ein aus dem Salesianerorden ausgetretener Priester, kam dabei ums Leben.

In Rio de Janeiro wurden zwei Männer und eine Frau, Angehörige einer subversiven Organisation, festgenommen, nachdem sie die Polizei mit Handgranaten und Revolverschüssen empfangen hatten. Besonders erbittert setzte sich die Frau, Maria Carolina Montenegro, zur Wehr. Nach ihrer Ueberwältigung fand die Polizei in ihrer Unterkunft zahlreiche Waffen, Munition, Explosivstoffe, Propagandamaterial und eine ungewöhnlich hohe Geldsumme. Zur selben Zeit setzten Terroristen mehr als 30 Zuckerfabriken in Brand und vernichteten über 300 000 Tonnen Rohzucker.

Auch in Santo Domingo, der Hauptstadt der Dominikanischen Republik, muss die Polizei zu aussergewöhnlichen Sicherheitsmassnahmen greifen, um der Terrorwelle Herr zu werden, die in einer Woche zum Tode eines Offiziers und eines Studenten führte. Beide Morde haben eine Welle des Abscheus im ganzen Lande hervorgerufen. Die Leiter der höheren Schulen und der Lehrerausschuss haben Vorkehrungen getroffen, um neue studentische Unruheherde von vornherein zu unterdrücken. Präsident Joaquín Balaguer erklärte, die Studenten seien an sich keine berufsmässigen Agitatoren, sie würden jedoch von extremistischen Gruppen für die Agitation in den Strassen ausgenutzt.

In Hato Rey, Puerto Rico, teilte die Polizei mit, dass ein Waffenarsenal subversiver Elemente entdeckt und beschlagnahmt wurde. Dabei wurden zwei Kubaner, ein Venezolaner und ein Puertoricaner verhaftet. Die Waffen waren von den Terroristen geraubt worden. Ausserdem fand die Polizei eine grössere Menge an Heroin. ■